

## KAPITAL 80 - EIN BEISPIEL

5 Für die *nationale* Wirtschaft zählt der Stahl - entgegen kapitalistischer Gepflogenheit - als  
6 *Gebrauchswert*, und zwar aus zwei Gründen: eine funktionierende Stahlindustrie im eigenen Land  
7 ist unverzichtbar für die Rüstung, und sie ist Grundlage der Maschinerie. So steht diese  
8 sogenannte Grundstoffindustrie unter besonderem staatlichen Schutz, sie ist aber auch dem  
9 staatlichen Bestreben ausgesetzt, sie *lohnend* zu gestalten: nicht nur unternimmt der Staat  
10 allerhand Anstrengungen - zumindest hierzulande -, eine möglichst produktive Konkurrenz unter  
11 seinen Stahlproduzenten einzurichten, sondern er setzt sie, gerade um ihrer nationalen Sicherung  
12 willen, dem internationalen Produktivitätsvergleich aus.

13 Zur Zeit steht die konsequente Ausnutzung und Weiterentwicklung der in und durch die EG  
14 gewonnenen Wettbewerbsvorteile an, und wogegen sich das richtet, ist auch völlig klar: der  
15 gemeinsam mit den Japanern gegen den US-Markt durchgeführte Angriff hat diesen  
16 herausgefordert. Für die Konsequenzen muß man gewappnet sein:

“Wenn eine große Handelsmacht wie die USA ihre industrielle Umstrukturierung auf  
Kosten anderer Länder vornehme, würde eine harte Konfrontation nicht ausbleiben.” (EG-  
Stahlkommissar Davignon in der Frankfurter Rundschau)

17 Das heißt freilich nicht, in einen platten Protektionismus zurückzufallen, weswegen sich die  
18 Briten geschnitten haben, wenn sie das europäische Stahlanliegen für den minderen Zweck  
19 ausnützen wollen, ihre Industrie vor der Einfuhr billiger amerikanischer Textilien zu schützen,  
20 und dafür die Kooperation in der Stahlfrage anbieten:

“Wir können nicht nur wegen einiger kleiner Betriebe eine handelspolitische  
Auseinandersetzung mit den USA auslösen.” (Süddeutsche Zeitung)

21 Wie man unter diesen Auspizien als nationaler Stahlkonzern zu verfahren hat, nämlich  
22 “internationale Partnerschaft” und staatliche Hilfsmaßnahmen dem Profitinteresse dienstbar zu  
23 machen, dafür die eigenen Proleten im internationalen Ausbeutungsvergleich an die Spitze bringt,  
24 zeigt der Fall HOESCH.

### **Der Betrieb: Ausbau zum EG-Konzern**

25 HOESCH schloß sich im Jahre 1972 mit der holländischen Stahlfirma HOOGOSENS zu einer  
26 gemeinsamen Holding ESTEL NV zusammen, um sich gemeinsam für die Weltmarktkonkurrenz  
27 zu rüsten:

28 “In den fast acht Jahren der Zusammenarbeit von Hoesch und Hoogovens in Estel hat das  
29 Zusammengehörigkeitsgefühl (!) erkennbar zugenommen. Deshalb soll die Einheit des  
30 Konzerns verstärkt nach innen und außen dargestellt werden: ESTEL Hoogovens und  
31 ESTEL Hoesch...” (Süddeutsche Zeitung)

32 Was vom nationalistischen Standpunkt aus gerne als “interner Nachteil” von HOESCH gegenüber  
33 dem holländischen Partner vorgestellt wird, ist gerade die supranationale Vorteilsrechnung: neben  
34 Erweiterung der Liquidität und Rationalisierung in der Entwicklung und Anwendung neuer  
35

Technologien tritt als besonderer Vorteil dieser *Arbeitsteilung* die Ausnutzung von Standorten in den Vordergrund - HOOGOVENS nutzt die Meeresnähe bzw. die Abkürzung kostspieliger Transportwege aus und verlegt sich auf die überseeische Seite des Geschäfts, HOESCH konzentriert sich auf den europäischen Markt.

5 Da schon dadurch herauspringenden (gesteigerten) Gewinne versammeln sich in einem Pool, in dem sich gut baden läßt. Da es sich bei einem multinationalen Konzern um eine Konzertierte Aktion handelt, die die *Größe* des Kapitals zum Argument hat, ergibt sich für die bundesdeutsche Abteilung des Konzerns die erfreuliche Perspektive, das Gerücht der "kränkelnden Stahlindustrie" nachhaltig ins Reich der Ideologie zu verweisen: nach den Erweiterungsinvestitionen der Jahre  
10 1973-75 wurde bei ausbleibenden Gewinnsteigerungen ein altes Rezept angewandt: Intensivierung der Arbeit.

Mit Einstellungsstops, Ausnutzung der *Fluktuation* (wie man die schlichte Tatsache (nicht) benennt, daß die Arbeit am Ofen binnen kürzester Zeit zur Ruinierung der Gesundheit führt) wurde die Belegschaft insgesamt schon um 5.500 Mitglieder reduziert (= 18%) und die  
15 Rohstahlproduktion pro Hochofen von 484.000 to im Jahre 1973 auf 658.000 to. 1977 erhöht (+ 37%).

Diese rapide Verbesserung des Verhältnisses Erlöse-Kosten begleitet vor allem 1979 ein wahrer Nachfrageboom, den die europäischen Kontrahenten nicht profitabel genug ausnützen können, da  
20 - England, Frankreich - staatliche Politik zur Herstellung konkurrenzfähiger nationaler Stahlindustrie zwar mit Massenentlassungen und Disziplinierung der Gewerkschaften erst Früchte zeigt, aber noch nicht abgeschlossen ist. HOESCH kann so das Glück des Tüchtigen mit einer 30%igen Preiserhöhung abrunden.

### **Vergrößerung der "Ertragskraft"**

25 Daß das Maß Gewinnsteigerung keine Abstriche erlaubt, belegt der HOESCH-Vorstand, wenn er 300 Mio. DM Gewinn weniger als erwartet beklagt und von einer "Wiederherstellung der Ertragskraft" redet, die von drei Seiten angepackt werden müsse:

1. "Allgemeines Kostensenkungsprogramm" mit Freisetzung von weiteren ("vorläufig") 4.200 Arbeitern, die sich den Ersatz der Siemens-Martin-Öfen durch einen neuen Oxygen-Ofen  
30 verdankt.
2. "Bereinigung der Produktionsstruktur in Hinblick auf langfristige Absatzmöglichkeiten", d.h. die Kapazitäten mehr auf den Sektor Edelstahl konzentrieren und die im Vergleich gewinn günstigere Rohstahlgewinnung herabsetzen. So offenbart sich die Mär vom "Schrumpfungsprozeß" als einfache Kalkulation, wie wieder mehr rauszuholen geht, denn auf  
35 *Grundlage* der Verringerung wird *erweitert*: was juckt da, ob Roh oder Edel!
3. Die bereits auf Seiten der Produkte erfolgte "metallurgische Neuordnung" läßt sich dank des neuen Ofens auch auf die Zutaten der Produktion ausdehnen. Denn der produziert sowohl mit Roheisen als auch mit Schrott, was eine kostengünstigere Ausnutzung der Rohstoffmärkte ermöglicht:

40

“...wird ein möglichst hoher Schrottsatz bei der Produktion im neuen Blasstahlwerk eingeplant... Die Konstruktion erlaubt jedoch die Anpassung an Marktpreise durch ein flexibles Verhältnis zwischen Roheisen und Schrott.” (Westdeutsche Allgemeine Zeitung)

Schließlich sind die auf Grundlage der Rationalisierung (“Kosten knüppeln”) erzielten und durch die neuen, Arbeiter sparenden technischen Verfahren zu steigenden Gewinne die Mittel für Erweiterungen: die “Umstrukturierung der Produktion” wird vervollkommenet durch den Aufbau von weiterverarbeitenden Betrieben: *Mischkonzern*.

Die Konzernpolitik stellt so klar, wie *sie* den Maßstab der Rentabilität ändert, also neu festlegt, und damit, was ein multinationales Unternehmen ist: es ist die jeweils fortgeschrittenste Durchsetzung des Klassenkampfes von oben mit Festlegung der *multinationalen* Ausbeutungsbedingungen. Daß die *Produktivität* der nationalen Arbeiterklassen aneinander gemessen wird, daß damit in derem internationalen Vergleich den Spitzenleistungen zur allgemeinen Durchsetzung verholfen wird, offenbart, wie wenig im Gefolge der akkumulierenden Klasse für die arbeitende das Vaterland eine sentimentale Größe darzustellen hat.

### **Der Staat**

macht sich vom Erfolg solcher Bemühung nicht abhängig, sondern betreibt ihn aktiv. Schon mit der Schaffung jener ESTEL NV ließ er HOESCH mit der fiktiven Neugründung (“Hoesch Werke AG”) das Gesetz gegen Kartellbildung produktiv anwenden, auf daß ein solches zustandekommt.

Was dem Land Nordrhein-Westfalen recht ist -

“Dortmund-Hoesch: eine Verbindung, die ohne Schaden für uns alle (?) nicht zu lösen ist” (Westdeutsche Allgemeine Zeitung) -

ist der Bundesregierung im großen Maßstab ebenso billig, und sie läßt sich das etwas kosten. Daß sie dabei vor der Alternative stünde, entweder ein Rationalisierungsprogramm zu finanzieren, das HOESCH 5.000 Arbeiter einsparen hilft, oder HOESCH und damit Zigtausende von Arbeitsplätzen völlig draufgehen zu lassen, ist ein Gerücht: schließlich veranstaltet sie kein Notprogramm, sondern stellt Mittel zur Verfügung, damit HOESCH sich auf dem Weltmarkt behaupten kann. Angesichts der publikumswirksamen Drohung, notfalls 10-12.000 Stahlarbeiter über die Klinge springen zu lassen, wird die jetzt beschlossene Beseitigung von deren 4.200 als eine in der “Sorge um die Erhaltung (!) der Arbeitsplätze “ getroffene Maßnahme gefeiert. Die in den Verhandlungen mit den öffentlichen Finanziers durchgesetzte rentabelste Variante der Beseitigung von Arbeitern wird verkauft als ein Beitrag, der sich “dieser Region und ihren Menschen verpflichtet weiß” (so der gelernte Staatsmann ROHWEDDER).

Im Gegensatz zu ROHWEDDER präsentiert sich Vorstandskollege SCHMITHLAS ohne die Phrase der Besorgtheit; sozial ist eben, was rentabel ist und man

“werde nicht unter dem Stichwort ‚Schaffung und Erhalt von Arbeitsplätzen‘ Investitionen vornehmen, die auf Dauer unrentabel sind.”

Daß die staatlichen Mittel richtig und schnell angewandt werden, dafür sorgt Ex-Staatssekretär ROHWEDDER. Der Obersanierer kommt aus Bonn (was im übrigen der Stamokap-Theorie exakt widerspricht: wieso sollte auch die Gemeinsamkeit staatlicher und kapitalistischer Sanierungsinteressen bei diesem Projekt für die Identität beider Instanzen sprechen; daß

ROHWEDDER her muß, widerlegt gerade die Verschmelzungstheorie) und geht mit den Mitteln aus verschiedenen Quellen ans Werk.

120 Mio. sind aus dem Etat des Bundesministers für Forschung und Technologie. Nun, dies ist nicht verwunderlich, denn wofür ist denn die Forschung da, wenn nicht zum wirtschaftlichen Reüssieren, verpackt selbstverständlich in die Ideologie von der "Stahltechnologie":

"Es ist eine Förderung, das ist richtig, aber keine Subvention im Sinne einer Erhaltungsinvestition, wie sie in den Stahlbranchen anderer Länder üblich ist. Wir wollen einen Beitrag zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft leisten. Dies ist ein eigenständiges Ziel der Forschungs- und Technologiepolitik." (Bundesminister HAUFF)

Richtig weisen die deutschen Konkurrenzunternehmen darauf hin, daß es sich bei den unterstützten Forschungsinvestitionen um Vorhaben handelt, die bei ihnen schon längst angewendet werden, und schimpfen über eine angebliche Benachteiligung. Es kommt zu häßlichen Tönen zwischen den Stahlkonzernen und von Aufkündigung der für alle so vorteilhaften *Solidarität* ist die Rede. Die *Solidarität*, die hier gemeint ist, ist nichts anderes als das deutsche Stahlkartell, das sehr lange eine effiziente zentralisierte Kontingierungs- und Absatzpolitik betrieb. Die staatlichen Zuwendungen flossen dem Kartell als ganzem zu und wurden gemäß dessen Vorstellungen verteilt. Nun steht aber, wie am Fall HOESCH zu studieren, Verschärfung der nationalen Konkurrenz an, und der Staat sucht sich dafür das kleinste der Unternehmen aus: in seinen Maßnahmen sorgt er einerseits für dessen Vorwärtskommen, zugleich aber auch - indem die anderen zu vermehrten Anstrengungen gezwungen sind - für ein Vorwärtskommen der gesamten nationalen Stahlindustrie. Verdient hat HOESCH sich die Hilfe, indem es von sich aus zu erkennen gab, daß es nicht auf den Lorbeeren des Kartells ausruhen will, sondern eben die Rückständigkeit, die es sich im Kartell erworben hatte, tatkräftig zu beseitigen gedenkt: als erste Schritte hierfür der supranationale Zusammenschluß, das vorgelegte Arbeiterhinaussäuberungsprogramm und die Einführung neuer Technologien.

Weitere Mittel erschließ en sich aus dem "5 Milliarden-Plan für das Ruhrgebiet" (ansonsten gibt's da Geld für die Einrichtung zweier Jugendstrafanstalten für das Ruhrgebiet), ebenfalls gegeben getreu der Logik von Staatssubventionen: Zuschüsse werden gegeben, damit der Anlaß dafür wegfällt.

Für HOESCH handelt es sich um billigen Kredit, runde 200 Mio. Zinsen werden eingespart. Erkleckliche Summen wechseln hier die Hände und finden in der Rationalisierung ihre Verwendung. Die Sorge um den Faktor Arbeit übernimmt dabei die

### **Gewerkschaft**

Das staatliche Förderprogramm zur Akkumulation des Kapitals läuft bekanntlich unter dem Firmenschild "Programm zur Humanisierung der Arbeit". Die IG Metall nimmt die staatlichen Ideale der Rationalisierung - Verbesserung, Sicherung und Humanisierung der Arbeitsplätze - zum Anlaß, um das Verhältnis von Realität und dazugehöriger Ideologie zu problematisieren:

“Es gab (gibt, wird geben) Projekte, die Arbeitsplätze gefährdeten, statt (!) sie menschlicher zu machen.”

5 Solch gewollter Idealismus gewährleistet die Durchsetzung des Klassenkampfes von der Unternehmung her und stellt die verständnisvolle Begleitmusik dar, mit der die Gewerkschaft sich ins Spiel bringt.

Das Instrument für gewerkschaftliche Aktivitäten *i* m Betrieb ist der Betriebsrat, der die Rationalisierung mit Hilfe des Sozialplans ins Werk setzt. Es muß ja nun sein, daß 4.200 Leute weg müssen (mehr ließen sich derzeit noch nicht “beziffern”!). Und über die darüber hinausgehende Mobil-Machung der Proleten weiß der Vertrauensleutesprecher im Stile des  
10 HOESCH-Copressereferenten zu berichten:

“Das gehört nicht zum jetzt verabschiedeten Paket, muß aber von den Arbeitnehmern beim langfristigen Anpassungsprozeß im Stahlbereich berücksichtigt werden.” (Westdeutsche Allgemeine Zeitung)

15 Mit Hilfe des Sozialplans müssen nun die ersten 4.200 raus, und da braucht es ein Kriterium, die Betreffenden ausfindig zu machen: Gottseidank gibt es da die “stahltypische Lösung”, mit der der Verschleiß der Hoeschianer im Dienste der Firma zum Ausschlußkennzeichen wird:

“Bei der stahltypischen Lösung müssen 55- bis 58-jährige mindestens 20 Jahre in der Eisen- und Stahlindustrie, davon 8 Jahre in warmen Betrieben, gearbeitet haben.”

20 Aus der Tatsache, daß die von HOESCH Ruinierten als spätinvalide Rentner ausgemustert werden, wird in der Fassung des Betriebsratssprechers SCHRADE eine reine Wohltat:

“Wer 30 Jahre lang in der Wechselschicht gearbeitet hat, ist froh, wenn er mit 55 aufhören kann.”

25 Abteilung 2 der Sozialplan-Gestaltung befaßt sich mit der Umstellung und Weiterverwendung des Rests der Belegschaft, also mit der intensiven und extensiven Auspressung oder im Klartext eines Gewerkschaftsführers:

“Wir haben außerordentliche Personalprobleme noch vor der Brust.” (SCHRADE)

30 Damit dieses “Instrument, das paßt” (Zitatenschatz SCHRADE) auch seine Durchsetzung findet, werden harte Bandagen nicht nur an der Arbeitsfront angewandt. Selbst dem Vorgang, daß zwei RGO-Betriebsräte die Mausehelei über den Sozialplan veröffentlichten (“Vorstand will Betriebsräte zu Geheimräten machen”), rücken die Gewerkschaft mit all ihrer Macht zu Leibe. Die zwei müssen über die Klinge springen, wobei der “gestörte Betriebsfrieden” den Grund für den vom Betriebsrat initiierten Rausschmiß abgibt. Über den Sozialplan redet keiner außer der Gewerkschaft!

### **Die Proleten**

35 denken auch nicht daran, dieses großartige Programm seiner nationalen Bedeutung die es hat, was *ihnen* aber völlig wurscht sein kann - zu entkleiden. Jawohl, es geht um den Staat, um das Ruhrgebiet, um Dortmund... keinesfalls geht es einfach nur um HOESCH und den eigenen Arbeitsplatz. Sie machen sich einen verrückten Stolz daraus, sich als Teil des Ruhrgebiets, also

zum Kerngebiet der deutschen Industrielandschaft zugehörig, zu betrachten. Ohne weiteres übernehmen sie Urteile über sie wie dieses:

5 “Die vorzeitig pensionierten voll Berufsfähigen füttern derweil ihre Tauben oder werden vom Pensionierungstod ereilt, da sie sich nicht damit abfinden können, zum alten Eisen zu gehören.” (Soziologe Landwehrmann, in: Europäs Revier, S. 79)

Was ihnen zu schaffen macht, ist, daß sie der stählerne Bestandteil der deutschen Arbeiterklasse sind, daß dies aber womöglich nicht genügend anerkannt wird. Sie wären schon bereit, ihre besonderen Qualitäten für das deutsche Wirtschaftsleben auszuspielen, man muß sie nur lassen. Mit dem Ruhrpottbewußtsein, daß es auf sie im Kampf für die Nation an der Arbeitsfront ankommt, ist dann eine Basis vorhanden, auf der sie die *besonderen* Zumutungen, die mit dieser Neuordnung einer Industrielandschaft verbunden sind, eben als solche auffassen - und hinnehmen. Alles, was verlangt ist, ist eine besondere Rücksichtnahme in der Anerkennung ihrer besonderen Leistungen - worin ihnen Staat und Gewerkschaft mit dem riesigen Brimborium doch schon sehr entgegenkommen und was die staatstragende Presse denn auch pflichtgemäß allmorgendlich bis zum Gehtnichtmehr auswalzt. Und wenn sie dann eine Gegnerschaft gegen Sozialpläne etc. zu erkennen geben, dann nur die, daß man ihnen die Besonderheit ihres Ruhrpottlebens nicht genügend attestiert habe.

Die mit der Rationalisierung beschlossenen *Freisetzungen* geben ihnen die *Freiheit*, sich auf ihre Weise für die Sozialpläne stark zu machen: Sie unterstützen die gewerkschaftliche Tour der Durchsetzung mit Rufen nach Ordnung und brechen auch einmal entgegen sonstiger Gepflogenheiten einen Streik vom Zaun - nämlich für die Verabschiedung des Plans und vielleicht auch gleich ihrer selbst:

25 “In einer Vollversammlung forderten 500 Vertrauensleute des Werks Phoenix in Dortmund-Hoerde die sofortige Wiederaufnahme der Gespräche über den Sozialplan, aber auch Maßnahmen gegen die ‚Chaoten‘ im Betriebsrat... Aus Protest gegen die Unterbrechung der Verhandlungen ließen es die Mitarbeiter in vielen Bereichen nach der Pause langsam angehen. Der Arbeitsausfall lag zwischen 30 Minuten und einer Stunde.” (Westdeutsche Allgemeine Zeitung)

30 Mit der Bescheidenheit “Wenig ist besser als gar nichts” - bei den Abfindungszahlungen soll es sich um eine “Größenordnung von 65 Mio DM handeln”: nicht erst die Teilung dieser Summe durch 4.200 zeigt, wie billig für HOESCH Massentlassung, Dequalifizierung und Intensivierung der Arbeit zu haben sind - garantieren sie auch, bei der Ausgliederung nicht widerspenstig zu sein, so daß ein Arbeitsleben als Hoeschianer auch nach “Verlegungen bis ins Siegerland” ungestört weitergehen kann.

35 Zur internationalen Durchsetzung des Kapitals gehört eben eine nationalbewußte Arbeiterklasse; hier, wo sie vom Kapital ganz ungehemmt dem Vergleich mit den Arbeiterklassen der anderen Länder unterworfen und ihr plastisch vor Augen geführt wird, daß der Prolet kein Vaterland kennt, da hält sie am Vaterland fest - egal, ob vom Ruhrgebiet ins Siegerland, nach Bayern oder sonstwohin verfrachtet: Hauptsache Deutschland!